

Research Brief

5. Ausgabe – Juli 2016



Wie sich der Zuzug der Heimatvertriebenen auf den Arbeitsmarkt im Nachkriegsdeutschland auswirkte

Von Sebastian Braun und Henning Weber

In den vergangenen Monaten hat eine große Anzahl von Flüchtlingen Europa erreicht. Voraussichtlich werden viele von ihnen in den kommenden Jahren eine Arbeit aufnehmen. Unter deutlich anderen Umständen kamen die deutschen Heimatvertriebenen nach dem Zweiten Weltkrieg nach Westdeutschland und mussten in den Arbeitsmarkt integriert werden. Eine neue Studie untersucht, wie die Arbeitsmarktintegration der Heimatvertriebenen stattfand.

In den letzten Jahren hat die internationale Migration stetig zugenommen, auch innerhalb und nach Europa. Damit wächst auch die Sorge in der einheimischen Erwerbsbevölkerung vor möglichen negativen Folgen. In der Tat könnte Zuwanderung die Arbeitslosenquote erhöhen und Durchschnittslöhne senken. Wie stark diese Effekte sind und wie sie sich regional verteilen hängt von der Qualifikation und dem Arbeitsmarktzugang der Migranten ab, wird aber auch davon beeinflusst, dass Einheimische – oder die Migranten selbst – zwischen regionalen Arbeitsmärkten wandern können. Zudem kann Zuwanderung auch positive Effekte haben: zum Beispiel, indem sie Firmen Anreize bietet, neue Jobs und damit Wachstum zu schaffen.

Eine Analyse dieser verschiedenen Anpassungskanäle kann aufzeigen, wie Zuwanderung auf Arbeitsmärkte tatsächlich wirkt. Eine solche Untersuchung ist aber nicht einfach: Das liegt auch daran, dass Zuwanderer ihren Zielort normalerweise nicht zufällig aussuchen, sondern nach wirtschaftlichen oder

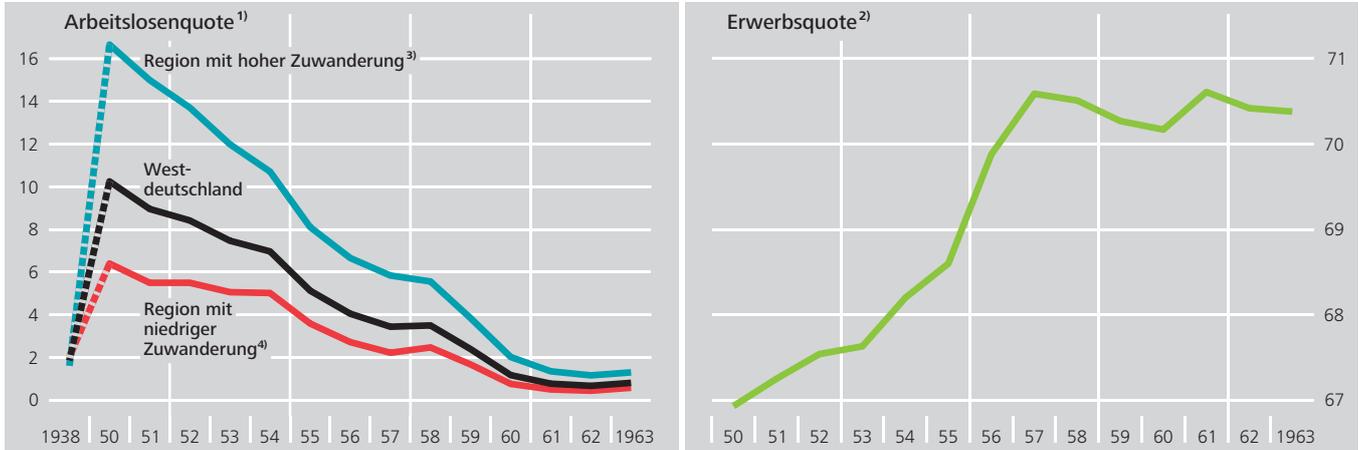
anderen Kriterien. Insbesondere zieht es Zuwanderer eher dorthin, wo sie höhere Löhne erhalten oder bessere Chancen haben, einen Arbeitsplatz zu finden. Wenn Regionen mit hoher Zuwanderung eine niedrige Arbeitslosigkeit aufweisen, bedeutet dies nicht notwendigerweise, dass Zuwanderung die Arbeitslosenquote reduziert. Es kann auch bedeuten, dass Regionen mit niedriger Arbeitslosenquote attraktiv für Zuwanderer sind. Damit besteht die Gefahr, Ursache (Zuwanderung) und Wirkung (Situation des Arbeitsmarktes) zu verwechseln.

Ein historischer Fall von Migration

Um Ursache und Wirkung besser zu trennen, haben wir in einer neuen Studie einen historischen Fall von Migration untersucht. Am Ende des Zweiten Weltkriegs und in den ersten Nachkriegsjahren strömten etwa acht Millionen deutsche Heimatvertriebene aus Mittel- und Osteuropa in das heutige Westdeutschland. Im Jahr 1950 lebten 47,7 Millionen Menschen in Westdeutschland, im Jahr 1939 waren es noch 39,4 Millionen gewesen. Nach dem Zweiten Weltkrieg war also

Arbeitslosenquote und Erwerbsquote in Westdeutschland 1938-1963

in %



Quellen: Länderrat des Amerikanischen Besatzungsgebiets, Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Sensch (2004) und Statistisches Bundesamt. **1** Arbeitslosenquote = Anteil der registrierten Arbeitslosen an den abhängig Erwerbstätigen. **2** Erwerbsquote = Anteil der Erwerbstätigen an der Gesamtbevölkerung im Alter von 15-65. **3** Bevölkerungsgewichteter Durchschnitt von Bayern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein. **4** Bevölkerungsgewichteter Durchschnitt von Baden-Württemberg, Bremen, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz.

Deutsche Bundesbank

etwa jeder sechste Einwohner Westdeutschlands ein Heimatvertriebener.

Eine wichtige Besonderheit damals war, dass die Heimatvertriebenen ihren ersten Aufenthaltsort in Westdeutschland nicht anhand der regionalen Arbeitsmarktchancen wählten. Zum einen nahm die damals französisch besetzte Zone anfangs keine Heimatvertriebenen auf. Zum anderen hofften viele Menschen, dass sie wieder in ihre Heimat zurückkehren könnten und blieben daher anfangs in westdeutschen Regionen, die ihren Heimatregionen besonders nahe lagen. Diese Hoffnung sollte sich aber nicht erfüllen.

Der Bevölkerungsanteil der Vertriebenen war daher in Bayern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein besonders hoch. Durch diese ungleiche Verteilung war die Arbeitslosenquote in diesen so genannten Flüchtlingsländern anfangs zweieinhalb Mal so hoch wie im restlichen Westdeutschland.

Nach 1950 kam es dann zu einer starken Abwanderung aus den Flüchtlingsländern in die restlichen Bundesländer. Als Ergebnis näherten sich auch die regionalen Arbeitslosenquoten an, allerdings nur sehr langsam. Es dauerte ungefähr ein Jahrzehnt, bis der westdeutsche Arbeitsmarkt wieder zu einem neuen Gleichgewicht zurückgefunden hatte. Die Zuwanderung hatte auch langfristige Effekte: Sie veränderte die relative Bevölkerungsgröße der Bundesländer und führte in absoluten Zahlen zu deutlich mehr Erwerbsbeschäftigung.

Welche Rolle die Wirtschaftspolitik spielen kann

Unsere modellbasierte Analyse legt nahe, dass die Zahl der erwerbstätigen Heimatvertriebenen von 1950 an kontinuierlich stieg, während die Beschäftigung der Einheimischen in den ersten Jahren nach dem Zustrom zunächst fiel und erst später wieder stieg. Zwischenzeitlich verdrängten die Zuwanderer also einheimische Erwerbsarbeit. Die Analyse zeigt, dass dies – insbesondere in den Bundesländern mit hoher Zuwanderung – in den ersten Jahren nach dem Zustrom zu Einkommensverlusten der einheimischen Bevölkerung von schätzungsweise bis zu 6 Prozent führte. In Bezug auf das Lebensarbeitszeiteinkommen, welches einen längeren Zeitraum berücksichtigt, fielen die Verluste mit ungefähr 1,4 Prozent aber deutlich geringer und, angesichts der Größe des Zustroms, eher moderat aus.

Diese Zahlen berücksichtigen, dass Einheimische die möglichen Einkommensverluste bei der Erwerbsarbeit begrenzten, indem auch sie in andere regionale Arbeitsmärkte wanderten oder sich andere Verdienstquellen erschlossen. Das war zum Beispiel Heimarbeit oder die verstärkte Produktion von landwirtschaftlichen Gütern auf dem eigenen Hof.

Hätten wirtschaftspolitische Maßnahmen die starken Anpassungsdynamiken auf dem Arbeitsmarkt und somit auch die Einkommensverluste der einheimischen Bevölkerung dämpfen können? Um diese hypothetische Frage zu beantworten, verwenden wir ein theoretisches Modell, das die historischen

Anpassungsdynamiken gut widerspiegelt und es erlaubt, nachträglich wirtschaftspolitische Maßnahmen zu simulieren, die damals aufgrund der historischen Gegebenheiten vielleicht schlicht nicht möglich waren. In der Tat scheint insbesondere die anfängliche Verteilung der Heimatvertriebenen in den westdeutschen Regionen und über die Zeit einen Einfluss auf Einkommenseffekte und Anpassungsdynamik des Arbeitsmarkts gehabt zu haben. Wären der Arbeitsmarktzugang zeitlich gestreckt oder die Zuwanderer gleichmäßiger räumlich verteilt worden, so wären die Verluste wohl geringer ausgefallen.

Wir haben in unserer Studie auch untersucht, wie sich eine geringere Zuwanderung, die in der Höhe vergleichbar mit

dem heutigen Flüchtlingsstrom nach Deutschland ist, damals ausgewirkt hätte. In diesem Szenario wäre der Anpassungszeitraum nur unwesentlich kürzer als ein Jahrzehnt gewesen. Aufgrund der geringeren Zuwanderung wären die Einkommensverluste der einheimischen Erwerbsbevölkerung aber deutlich kleiner ausgefallen, als im tatsächlichen historischen Fall.

Natürlich lassen sich die Ergebnisse unserer Untersuchung der Nachkriegszeit nur begrenzt auf die heutige Flüchtlingssituation übertragen. Beide Fälle unterscheiden sich zum Beispiel mit Blick auf die tatsächliche Verteilung der Asylsuchenden in Deutschland, das Sprach- und Qualifikationsniveau und den kulturellen Hintergrund der Migranten, und die wirtschaftliche Lage in Deutschland.

Fazit:

Zuwanderung kann einen Arbeitsmarkt vorübergehend belasten, bietet aber auch Wachstumschancen. Markt und Marktteilnehmer passen sich der neuen Situation an, was Anpassungskosten erzeugt und Zeit erfordert. Der historische Zustrom der Heimatvertriebenen nach dem Zweiten Weltkrieg ließ die Erwerbseinkommen der einheimischen Bevölkerung zeitweise schrumpfen. Langfristig betrachtet fielen diese Verluste aber eher moderat aus. Modellsimulationen legen nahe, dass die regionale Verteilung und die zeitliche Gestaltung des Arbeitsmarktzugangs der Zuwanderer wichtige Politikparameter sind

Haftungsausschluss:

Die hier geäußerten Ansichten spiegeln nicht zwangsläufig die Meinung der Deutschen Bundesbank oder des Eurosystems wider.



Sebastian Braun

Forschungsbereichsleiter am Institut für Weltwirtschaft Kiel



Henning Weber

Forschungsökonom im Forschungszentrum der Bundesbank

Neuigkeiten aus dem Forschungszentrum

Publikationen

„Government Spending, Entry and the Consumption Crowding-In Puzzle“ von Vivien Lewis (Bundesbank) und Roland Winkler (Dortmund) wird im *International Economic Review* erscheinen.

„Testing for Granger causality in large mixed-frequency VARs“ von Thomas Götz (Bundesbank), Alain Hecq (Maastricht) und Stephan Smeekes (Maastricht) wird im *Journal of Econometrics* 193 (2) erscheinen.

Forschungsprofessoren:

Im Jahr 2016 konnten Peter Egger (Universität Zürich), Rainer Haselmann (Universität Frankfurt), Jose-Luis Peydró (UPF Barcelona), Morten Ravn (UCL London) und Todd Walker (Indiana University) neu als Forschungsprofessoren gewonnen werden. Sie verstärken damit Klaus Adam (Universität Mannheim), Jörg Breitung (Universität Köln), Falko Fecht (Frankfurt School of Finance and Management), Christian Leuz (University of Chicago Booth School of Business), Harald Uhlig (University of Chicago), Joachim Winter (LMU München).